

Care-Krise, Grundeinkommen und Wohlfahrtsverbände

Vorüberlegungen zur AWO-Anhörung am 16.3.2018 in Berlin

1. Die sogenannte „Care-Krise“ entsteht als Folge sozialen und kulturellen Wandels des Care-Sektors: Care-Funktionen werden von Frauen nicht mehr selbstverständlich kostenfrei und privat im Familienzusammenhang erfüllt und die Nicht-Erfüllung dieser Reproduktionsfunktion durch Frauen wird ihnen nicht mehr einfach nur vorgeworfen, sondern als legitim behauptet. Sie bezieht sich auf alle Care-Funktionen im Lebenslauf, insbesondere in der Sorge für Kinder, in der Sorge für Alte als Pflegebedürftige, aber auch, wenngleich öffentlich weniger sichtbar, in der Sorge für Pflegebedürftige im Erwerbsalter, insbesondere Menschen mit Behinderungen oder chronischen, die Leistungsfähigkeit stark einschränkenden Krankheiten. In patriarchalen Gesellschaften mit dominantem Geldsystem (nach der „Großen Transformation“ im Sinn von Polanyi), insbesondere im Kapitalismus wird die Sorge-Arbeit als Reproduktionsarbeit längstmöglich in nicht-marktförmiger, privater Form organisiert. In liberalen Wohlfahrtsregime wird nach dem Wandel des Care-Sektors eine marktwirtschaftlich monetarisierte Lösung favorisiert, beispielsweise durch private Betreuung („Nannies“), Pflegekräfte aus Schwellenländern und generell einer Vermarktlichung von Care. Sozialistische bzw. sozialdemokratische Regime wollen ebenfalls die Monetarisierung von Care, jedoch unter Kontrolle und Management des Wohlfahrtsstaates. Konservative Regime, zu denen Deutschland überwiegend noch zählt, wollen sowohl Vermarktlichung und Verstaatlichung zugunsten einer Stärkung der familialen Care-Arbeit begrenzen, beispielsweise durch Baby- oder Pflegejahre in der Rentenversicherung, Elterngeld oder Pflegegeld. Jenseits der Familien sollen korporatistische, wohlfahrtsverbandliche Care-Angebote etabliert werden und dominieren. Deutschland kombiniert das konservative Arrangement in einigen Regionen und Care-Funktionen zunehmend mit liberalen Marktlösungen.
2. Die Idee des Grundeinkommens liegt quer zu den drei bisherigen Regime-Optionen in der gesellschaftlichen Regulierung der Care-Arbeit. Ein Grundeinkommen auf dem bisher diskutierten Niveau von 40 bis 50% des verfügbaren Medianeinkommens hat auf den ersten Blick überhaupt nichts mit Care-Arbeit zu tun, denn der (Grund-)Rechtsanspruch ist von den erbrachten Arbeitsleistungen vollkommen unabhängig. Die Hoffnung der Befürworter ist – je nach Regime-Option – darauf gerichtet, auch geringer bezahlte Marktarbeit annehmen zu können (liberal), aufgrund der Reduzierung von Ungleichheit und seiner Dekommodifizierungswirkung eine Stärkung der Arbeitnehmerposition zu erreichen (sozialistisch/sozialdemokratisch) oder indirekt Familie und Ehrenamt pauschal zu honorieren (konservativ). Empirische Befunde sind nicht leicht zu interpretieren. Vermutlich bedarf auch ein Grundeinkommen einer Kontextuierung bzw. eines Arrangements, das proaktives gesellschaftliches Handeln in einer Art Nudging prämiert. Ein Modell dafür bietet die sogenannte „Grundeinkommensversicherung“.
3. Wohlfahrtsverbände wie die AWO können und sollten sich für derartige Modelle, auch modellhaft einsetzen und beispielsweise im geplanten „Zukunftslabor Soziale Sicherung“ der Landesregierung Schleswig-Holstein eine aktive Rolle einnehmen.

Zur Vertiefung: Michael Opielka, Welche Zukunft hat der Sozialstaat? Eine Prognose. Berlin/Freiburg: Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge/Lambertus 2017 -

<http://www.iso.e.org/veroeffentlichungen/buecher/michael-opielka-welche-zukunft-hat-der-sozialstaat-eine-prognose-2017/>